

## KLEINE ANFRAGEN

**Keine «gelben Nummern»  
auf dem «Schwarzen Strässle»**

VADUZ – Der FBP-Abgeordnete Helmut Bühler ersuchte im Rahmen einer Kleinen Anfrage um Auskunft darüber, weshalb ein auf 45 km/h beschränkter und mit gelbem Nummernschild versehener Elektroscooter nicht auf dem «Schwarzen Strässle» zwischen Schaan und Eschen fahren darf. Dazu verkehrsminderin Rita Kieber-Beck: «Elektro-Scooter, die eine bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h erreichen, gelten – im Gegensatz zu Motorfahrzeugen (Mofas) – als Kleinmotorräder und sind der Fahrzeugkategorie «Motorräder» unterstellt. Mofas und Kleinmotorräder sind mit unterschiedlichen Kategorien von gelben Kontrollschildern versehen. Das «Schwarze Strässle» ist mit einem Verbot für Motorwagen und Motorräder mit Zusatz Landwirtschaft gestattet signalisiert. Damit dürfen auch Elektroscooter als Kleinmotorräder im Gegensatz zu Mofas und Fahrrädern nicht auf dem Schwarzen Strässle verkehren.» (pk)

**Zukunftsbüro: Für was?**

VADUZ – Christl Hilti (Freie Liste) erkundigte sich bei Regierungschef Otmar Hasler über das Zukunftsbüro. In seiner Antwort hielt der Regierungschef fest, dass es sich beim Zukunftsbüro nicht um eine Stabsstelle, so wie dies fälschlicherweise ausgeführt worden ist, handelt. «Vielmehr

handelt es sich beim Zukunftsbüro um eine personelle Umbesetzung und eine Neuzuteilung von Aufgaben innerhalb der Landesverwaltung.»

Die Regierung habe auf Anfang Oktober die Errichtung eines Zukunftsbüros beschlossen. «Dieses soll neben diversen weiteren Aufgaben vor allem dazu beitragen, das Bewusstsein der Bevölkerung für verschiedene zukunftsrelevante Fragestellungen zu schärfen und zudem in spezifischen Themenbereichen Potenziale zu lokalisieren, Szenarien zu entwerfen und Handlungsoptionen zu evaluieren.» Das Tätigkeitsfeld des Zukunftsbüros sei in seiner Anlage sehr breit und vielfältig. (pk)

**Förderung von  
Diesel-Partikelfiltern?**

VADUZ – Die FL-Abgeordnete Christl Hilti wollte von der Regierung wissen, ob man sich die Förderung von Abgasfiltern bei Dieselfahrzeugen vorstellen könne. Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck erklärte dazu, dass bezüglich Abgas derzeit ein grosser Kampf zwischen den Automobilherstellern im Gange sei, bei dem es um die Erreichung der nächsthöheren Abgasstufe für Dieselfahrzeuge gehe. «Einzelne Hersteller erreichen diese Abgasstufe mit einer Filterlösung, andere wollen das Problem verbrennungstechnisch – also direkt im Motor und ohne Filter – in den Griff bekommen. Entscheidend ist jeweils, ob die Abgaswerte eingehalten werden können, es soll aber den Herstellern überlassen sein, wie sie dieses Ziel erreichen.» Eine einseitige Förderung von Fahrzeugen mit Partikelfiltern könnte zu Ungerechtigkeiten führen und würde Fahrzeughersteller benachteiligen, die bereits heute neue Dieselmotoren ohne Partikelfilter anbieten, die die zukünftigen Abgaswerte erfüllen.

**Minenräumgerät: Wie weiter?**

VADUZ – Auf die Anfrage von Peter Lampert (FBP), wie das Projekt «Minenräumgerät» weiter verfolgt werde, führte Ernst Walch aus, dass das Projekt weiterbearbeitet werde. «Es sind noch einige Detailfragen zu klären.» Unter Einbezug von Vertretern internationaler Organisationen und der liechtensteinischen Wirtschaft wird die Umsetzung in die Praxis weiter abgeklärt.» (pk)

**«Sehr gut angekommen»**

**Primarschule: Schriftliche Ergänzung zum Elterngespräch wird überall begrüsst**

VADUZ – Der FBP-Abgeordnete Alois Beck erkundigte sich bei Bildungsministerin Rita Kieber-Beck über die schriftliche Schülerbeurteilung an den Primarschulen. Das Konzept, so die Bildungsministerin, werde nun weiter bearbeitet, um dann zu Beginn des Schuljahres 2005/2006 eingeführt werden können.

Bildungsministerin Kieber-Beck führte auf die Frage des Abgeordneten Alois Beck aus, dass ein Konzeptentwurf zur schriftlichen Ergänzung zum Elterngespräch an den Primarschulen vorliege. «Die Vernehmlassung bei den Primarschulleitungen, den Elternvereinigungen sowie dem Dachverband der Elternvereinigungen hat gezeigt, dass das vorliegende Konzept für eine schriftliche Ergänzung des Beurteilungsgesprächs an den Primarschulen von Seiten der Lehrerschaft und der Eltern grundsätzlich gutgeheissen wird. Dies haben die schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen ergeben», so Kieber-Beck.

**Vier Leistungsstufen**

Das Konzept enthalte Leistungsstufen von A bis D. Diese sind wie folgt umschrieben:



Regierungschef-Stellvertreterin Kieber-Beck: Das neue Konzept werde grundsätzlich gutgeheissen.

- Beherrscht eine Schülerin oder ein Schüler eine vorgegebene Zielsetzung nur von 0 Prozent bis 50 Prozent, ist das Lernziel nicht erreicht (Stufe D).
- Erreicht eine Schülerin oder ein Schüler eine Zielsetzung von 51 Prozent bis 75 Prozent, geht man davon aus, dass das Lernziel teilweise erreicht ist (Stufe C).
- Ist eine Zielerreichung von 76 Prozent bis 90 Prozent ausgewie-

sen, dann ist das Lernziel erreicht (Stufe B).

• Und schliesslich kann jenen Schülerinnen und Schülern eine hervorragende Leistung attestiert werden, welche eine Zielerreichung im Prozentband von 91 bis 100 vorweisen können (Stufe A).

**Weitere Verfeinerung  
mit Interessensvertretern**

Das Konzept, so Rita Kieber-Beck, solle unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Primarschulen, Elternvereinigungen und des Elterndachverbandes überarbeitet werden. «Dazu wird eine Kommission eingesetzt, welcher neben Fachpersonen des Schulamtes zwei Lehrpersonen (je eine Ober- und Unterland) sowie zwei Vertretungen der Elternvereine (je eine Ober- und Unterland), ein/e Vertreter/-in des Elterndachverbandes sowie ein/e Vertreter/-in des Liechtensteinischen Primarlehrervereins angehören. Die schriftliche Ergänzung soll auf Beginn des Schuljahres 2005/06 auf allen Stufen der Primarschule eingeführt werden. Das Konzept wird der Regierung noch vor den Osterferien zur Beschlussfassung unterbreitet, sodass es den Eltern rechtzeitig vorgestellt und erläutert werden kann.» (pk)

## KRANKENKASSE

**Komplette Liste?**

VADUZ – Monica Bereiter-Amann (FBP) wollte von der Regierung Auskunft über die Vollständigkeit der Ärzteliste, welche den Versicherten zugesandt wurde.

Dazu Hansjörg Frick: «Die Ärzteliste, welche von der Krankenkasse verschickt wurde, widerspiegelt den Stand der abgeschlossenen Kassenverträge. Betreffend die inländischen Ärzte ist die Liste komplett und betreffend die ausländischen Ärzte laufen noch Verhandlungen. Derzeit stehen 8 ausländische Ärzte unter Vertrag, 2 weitere werden in den nächsten Tagen hinzukommen. Weitere 10 Bedarfstellen sind derzeit noch unbesetzt. Der Krankenkassenverband möchte die 20 für ausländische Ärzte verfügbaren Bedarfstellen voll ausschöpfen und hat daher die Ärztekammer um fachliche Unterstützung und Vorschläge für weitere Fachärzte gebeten, mit welchen ein Kassenvertrag abgeschlossen werden soll.» (pk)

**«Sorgen ernst nehmen»**

**Mobilfunk: Regierung informiert, handelt und prüft**

VADUZ – Elmar Kindle (FBP) informierte sich bei der Regierung über die mutmassliche Schädlichkeit des Mobilfunkes und über das weitere Vorgehen der Regierung in dieser Thematik.

«Das Thema Mobilfunk besteht aus einer Vielzahl von sich gegenseitig beeinflussenden Elementen. Dazu gehören technische, rechtliche, politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt auch gesundheitliche Aspekte», so Regierungschef-Stellvertreterin Kieber-Beck. International befassen sich viele staatliche und nicht-staatliche Organisation mit diesen Aspekten. Besonders im Zusammenhang mit möglichen gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder wurden eine Vielzahl von Untersuchungen und Studien publiziert, die nur zum Teil einer wissenschaftlichen Prüfung Stand halten. Grundlage für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Mobilfunk und Gesundheit

können aus Sicht der Regierung nur wissenschaftlich fundierte Studien sein. Rita Kieber-Beck: «Es existieren Verdachtsmomente bezüglich einer gesteigerten Elektrosensitivität und der Schädlichkeit von elektromagnetischer Strahlung für die Gesundheit. Diese Erkenntnisse finden bei allen Arbeiten der Regierung im Bereich Mobilfunk angemessene Berücksichtigung.»

**Sorgen ernst nehmen**

«Die Regierung nimmt die Sorgen in der Bevölkerung zum Umgang mit der Mobilfunktechnologie ernst und handelt auf zwei Ebenen.»

Einerseits habe die Regierung im Sinne der Vorsorge die strengsten behördlich verfügbaren Grenzwerte zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung erlassen. Die Anlagegrenzwerte, welche an Orten mit empfindlicher Nutzung (OMEN) gelten, unterschreiten die international als gesundheitlich unbedenklich geltenden Grenzwerte der WHO (World Health Organization)



Elmar Kindle (FBP): Wie weiter in Sachen Mobilfunk?

noch mal um den Faktor zehn. In Liechtenstein gelten dieselben Grenzwerte zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung wie in der Schweiz.

Andererseits setze die Regierung auf eine sachliche Information, welche Grundlage jeder Diskussion sein muss.

Ein nächster wichtiger Schritt ist die Schaffung eines Gesetzes zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung. (pk)

**Wildfütterung führt zu Stress**

**Notfütterungskonzept wirft Fragen auf**

VADUZ – Walter Hartmann (VU) erkundigte sich bei Landwirtschaftsminister Alois Ospelt über die Wildfütterung.

Das Notfütterungskonzept, so Hartmann, sehe vor, dass die bis anhin von den Jagdgesellschaften betreuten zentralen Futterstellen für das Hirschwild erstmals mit kommenden Winter aufzulösen seien. Anstelle dieser zentralen Futterstellen können die jeweiligen Jagdgesellschaften nach Rücksprache mit den Grundeigentümern und dem Amt für Wald, Natur und Landschaft Heutristen verteilt über den ganzen nutzbaren Winterlebensraum erstellen. Nun seien aber am 8. und 9. No-

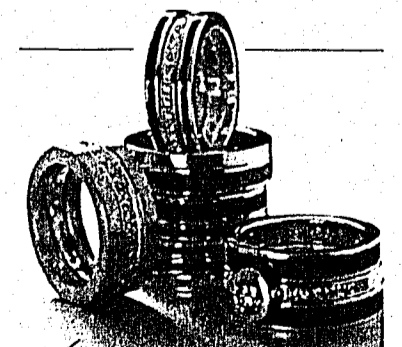
vember sämtliche Tristen im Alpengebiet und in Triesenberg mittels Maschendrahtzaun und Bauplastik wildsicher eingezäunt worden.

Es sei festgehalten, so der Landwirtschaftsminister, dass die Jagdgesellschaften zur Kenntnis nehmen, dass die Fütterung des Schalenwildes grundsätzlich untersagt ist. «Lediglich zur Ergänzung des natürlichen Winternahrungsangebotes können durch Notfütterungslagen, nach Konzept und in Zusammenarbeit mit den Waldeigentümern und dem Amt für Wald, Natur und Landschaft über den ganzen nutzbaren Winterlebensraum verteilt, Magerheutristen angelegt werden.» Das Amt für Wald, Natur und

Landschaft habe in der Zeit vom 4. bis 12. Mai 2004 mit Vertretern aller Jagdgesellschaften Gespräche über die Umsetzung der Hegeverordnung und des entsprechenden Notfütterungskonzeptes geführt.

«Die Wegkehr von der früher üblichen intensiven Winterfütterungspraxis wurde notwendig, um einerseits weitere untragbare Schäden am Wald zu verringern und andererseits das Wohlergehen des Wildes zu verbessern. In einem Gutachten wurde explizit festgehalten, dass die künstliche Winterfütterung nur zu einer ausserordentlichen, energiezehrenden Stresssituation und damit Gewichtsreduktion des Wildes beiträgt. (pk)

ANZEIGE



VARIABLE  
exclusive by Fredy Gassner

nach Lust und Farbe

Gassner Goldschmiede AG  
Letztstrasse 5, FL-9490 Vaduz  
Telefon 00423 / 232 38 45

Kunden-☐